

Anton Pelinka

Der Preis der Salonfähigkeit

Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich

Österreichs politisches System weist einige spezifische Merkmale auf, die sich in der Struktur des Parteiensystems bemerkbar machen: Neben den historisch dominanten Parteien SPÖ und ÖVP, die sich ohne erkennbare Probleme in die europäischen Parteien der gemäßigten Linken (*Partei der Europäischen Sozialisten* – PES) und der gemäßigten Rechten (*Europäische Volkspartei* – EVP) einordnen, und neben den ebenfalls europäisch vernetzten *Grünen* fehlt eine liberale Partei, die sich ähnlich europäisch zuordnen ließe. Das *Liberale Forum* (LIF) war in den 1990er-Jahren ein eben nicht dauerhaft erfolgreicher Versuch in Richtung einer weiteren Europäisierung des Parteiensystems. Was Österreichs Parteiensystem zusätzlich kennzeichnet, ist die Stärke einer im Europäischen Parlament isolierten, wenn auch um europäische Vernetzung bemühten Partei schwankender, insgesamt jedoch mittlerer Größe: der FPÖ.

Österreichs Freiheitliche werden oft – grundsätzlich zu Recht – als die österreichische Variante eines europäischen Phänomens gesehen, das in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten an Bedeutung zugenommen hat: des Rechtspopulismus. Anders jedoch als andere Parteien des europäischen Rechtspopulismus, wie der italienischen *Lega Nord* oder der *Dänischen Volkspartei*, ist die FPÖ durch eine besondere Kontinuität ausgezeichnet: Ihre Geschichte geht personell und programmatisch zurück auf das ausgehende 19. Jahrhundert, auf die Entstehung des „deutschnationalen Lagers“ und dessen Geschichte; eine Kontinuität, die auch die NSDAP mit einschließt. 1955 aus den Resten einer schon 1949 ins Leben gerufenen Übergangspartei (des *Verbandes der Unabhängigen* – VdU) gegründet, war die FPÖ von Anfang an erkennbar, ja geradezu demonstrativ eine Gründung von ehemaligen Nationalsozialisten für ehemalige Nationalsozialisten.

Der erste Obmann der FPÖ, Anton Reinthaller, war einer der prominentesten Nationalsozialisten Österreichs schon vor 1938, er bekleidete nach seiner Tätigkeit als Landwirtschaftsminister im Hochverräterkabinett Seyß-Inquart

das Amt eines Unterstaatssekretärs in der Regierung Hitler und hatte den Rang eines SS-Brigadeführers. Sein Nachfolger, Friedrich Peter, war ebenfalls SS-Offizier. Doch anders als etwa die *Sozialistische Reichspartei* (SRP), die in der Bundesrepublik Deutschland durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1952 verboten wurde; anders auch als spätere, rechte Absplitterungen der FPÖ (wie etwa die österreichische *Nationaldemokratische Partei* – NDP, die 1988 durch österreichische Behörden aufgelöst wurde), wurde die FPÖ als Teil der politischen Normalität akzeptiert: 1957 schlug die FPÖ gemeinsam mit der ÖVP einen (schließlich unterlegenen) Präsidentschaftskandidaten vor (Wolfgang Denk); 1963 und ab 1970 gab es Kontakte zwischen der sich damals jedoch etwas Richtung politische Mitte bewegenden FPÖ und der SPÖ mit dem Ziel einer möglichen Koalition, Kontakte, die schließlich 1983 in der Etablierung eines solchen Regierungsbündnisses mündeten, das 1986 nach der Kür Jörg Haider zum FPÖ-Obmann von der SPÖ aufgekündigt wurde; und nach der Nationalratswahl 1999 schloss die FPÖ mit der ÖVP 2000 einen Koalitionspakt, der 2003 eine Fortsetzung fand und dazu führte, dass die FPÖ und dessen Abspaltung *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) insgesamt sechs Jahre die Regierungspolitik auf Bundesebene mitzubestimmen vermochten. Auch auf der Ebene der Länder und Gemeinden konnte die FPÖ erfolgreich ihre Isolierung vermeiden: Am deutlichsten waren ihre Erfolge in Kärnten, wo sie – mit einer Unterbrechung von einigen Jahren – seit 1989 den Landeshauptmann stellt.

In keinem anderen Land Europas ist eine derartige Kontinuität zwischen einer Partei, die eine barbarische Diktatur verkörperte, und einer in einem postfaschistischen (oder postnazistischen) liberal-demokratischen System als „Normalpartei“ agierenden Parlamentspartei festzustellen. Die FPÖ repräsentiert die Fortsetzung der deutsch-völkischen Tradition, deren Höhepunkt der Nationalsozialismus und der von diesem zu verantwortende Holocaust war. In keinem der deutschen Bundesländer wäre zum Beispiel vorstellbar, dass einer wegen seiner den NS-Staat verharmlosenden Rhetorik bekannter, ja diese Rhetorik bewusst einsetzender Politiker viele Jahre hindurch Regierungschef (Landeshauptmann) sein kann. In keiner anderen europäischen (zumindest westeuropäischen) Demokratie wäre eine Partei wie die FPÖ ähnlich generell akzeptiert, wie dies in Österreich der Fall ist.

Österreichs Rechtsextremismus ist daher als einer der erfolgreichsten Europas anzusprechen: Die FPÖ, die – auch – als rechtsextrem zu charakterisieren ist, wird im Parteienwettbewerb als ein legitimer Konkurrent akzeptiert. Versuche, sie im Sinne einer „Cordon sanitaire“-Strategie zu isolieren – wie etwa von der SPÖ, beginnend mit der Kanzlerschaft Franz Vranitzkys (1986–1997),

aber auch (weniger explizit) von der ÖVP unter dem Vorsitz Erhard Buseks (1991–1995), wurden nicht langfristig umgesetzt. Vor allem die Versuchung, die FPÖ als Mehrheitsbeschaffer auf verschiedenen Politikebenen zu nützen, wurde für die anderen Parteien (vornehmlich SPÖ und ÖVP) immer wieder zum Motiv, mit der FPÖ Absprachen zu treffen und ihr so eine zusätzliche Legitimität zu verschaffen.

Die FPÖ – rechtsextrem und/oder rechtspopulistisch?

Die Erfolge der FPÖ, eine Isolierung zu vermeiden, waren auch Ausdruck des schillernden Charakters dieser Partei: Ist sie nun rechtsextremistisch – oder „nur“ rechtspopulistisch? Die begriffliche Zuordnung ist deshalb nicht einfach, weil die Definitionsmerkmale eine eindeutige Qualifikation nicht zulassen. Die FPÖ ist rechtsextrem, weil sie sich nie wirklich überzeugend mit ihren Wurzeln auseinandergesetzt hat – mit dem rassistischen Antisemitismus, der in Österreich vor allem von den „Alldeutschen“ Georg Schönerers entwickelt und vertreten wurde und von dem eine in sich schlüssige, nicht unterbrochene Linie – jedoch nicht zwangsläufig – zum Holocaust führte; mit dem expansionistischen Deutschnationalismus, der sich in der (eben auch österreichischen) NSDAP vor allem in Form des „Weltanschauungskrieges“ äußerte, den das Deutsche Reich implizit schon gegen Polen ab 1939 und explizit gegen die UdSSR ab 1941 führte; mit dem nach 1945 immer wieder aufflackernden Revisionismus – dem Versuch einer NS-Apologiek, der sich in Österreich zwar nicht auf die FPÖ beschränkte, der aber besonders prominent und systematisch von und innerhalb dieser Partei repräsentiert wurde: Alle diese Merkmale sind Elemente, die eine Einstufung der FPÖ als jedenfalls auch rechtsextrem zulassen.

Die FPÖ ist freilich – gerade auch als Partei der Wahlerfolge seit 1986 – nicht nur als explizit rechtsextreme Partei zu charakterisieren. Der Aufschwung der FPÖ, einer bis 1986 bei einer Größenordnung von etwa fünf Prozent der Wählerschaft stagnierenden Partei, war vor allem das Resultat einer „populistischen“ Strategie, die (auf Kosten der inhaltlichen Konsistenz) bestimmten kurzfristigen Konjunkturen verpflichtet ist. Dazu zählt etwa der fast abrupte Wechsel von einer Partei, die Österreichs Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften befürwortete, zu einer Anti-EU-Partei; dazu zählt insbesondere eine auf beliebige Gruppen bezogene und in rechtsextremer Tradition stehende Politik der Mobilisierung (negativer) Gefühle – gegen MigrantInnen schlechthin und gegen solche mit moslemischem Hintergrund insbesondere; und dazu zählt

ein in sich widersprüchlicher Mix von wohlfahrtsstaatlichen (etwa die in Kärnten von der FPÖ umgesetzten direkten Geldzuwendungen an junge Menschen) und von marktwirtschaftlichen Politik-Versatzstücken.

Diese populistischen Elemente erlauben deshalb eine Einstufung der FPÖ als – auch – rechtspopulistisch, weil die für jeden Populismus charakteristische Vereinfachung in „us“ („wir“) und „them“ („den anderen“) sehr stark nationalistisch geprägt war. Gleichzeitig ist aber auch festzuhalten, dass gerade der europäische Vergleich eine Gleichsetzung von rechtspopulistisch und rechtsextrem nicht a priori zulässt: Ein Gutteil anderer europäischer Parteien, die den Merkmalen des Rechtspopulismus entsprechen und die insbesondere Fremdenfeindlichkeit als Mobilisierung einsetzen – wie etwa die *Schweizerische Volkspartei* (SVP), die italienische *Lega Nord* oder auch die niederländische *Partei für die Freiheit* (PVV) – vermeiden demonstrativ, sich in eine historische Kontinuität mit Faschismus oder Nationalsozialismus stellen zu lassen. Sie teilen mit der FPÖ vor allem das Mobilisierungsthema Migration und eine zwischen EU-Skepsis und EU-Ablehnung oszillierende Position, sie vermeiden aber jeden Anklang an einen historisch fundierten „Revisionismus“ im Sinne der Leugnung des Holocausts. Ein solcher kann hingegen bei der ungarischen *Jobbik* beobachtet werden, der diese rechtsextreme Partei zum Beispiel in Widerspruch mit slowakischen nationalistischen Parteien bringt.

Anders als die auch erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas verbindet die FPÖ Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Sie gleicht in diesem Sinne eher den weit rechts stehenden Parteien Mittel- und Osteuropas, die – ähnlich wie die FPÖ – ihre Kontinuität zu faschistischen (nationalsozialistischen) Herrschaftsformen der Vergangenheit bewusst im Raum stehen lassen.

Die FPÖ als rechtsextreme und rechtspopulistische Partei deckt oder blockt damit etwas ab, was anderswo – etwa in Deutschland (und hier vor allem, seit 1990, in den „neuen Bundesländern“) – außerhalb des offiziellen Parteispektrums wirksam ist: den gewaltbereiten, den Gewalt nützenden Rechtsextremismus. Die Erfolge der FPÖ als sowohl rechtsextreme wie auch rechtspopulistische Partei lassen es zu, den österreichischen Rechtsextremismus als besonders stark einzustufen. Gleichzeitig ist aber zu konstatieren, dass rechtsextreme Gewalt (gegen Asylsuchende, gegen MigrantInnen, gegen jüdische Gemeinden, gegen Roma und Sinti, gegen moslemische Einrichtungen) in Österreich vergleichsweise wenig entwickelt, bzw. weitgehend unter Kontrolle ist. Die mörderische Gewalt der Briefbombenserie rund um die Jahreswende 1994/95 war insgesamt die Ausnahme – und nicht die Regel.

Die gesellschaftliche Akzeptanz des österreichischen Rechtsextremismus

Zu den besonderen Merkmalen des österreichischen Rechtsextremismus zählt auch, dass die FPÖ eine besondere traditionelle Rekrutierungsbasis aufweist: Die Führungsschicht der FPÖ rekrutiert sich – wie die ihrer Vorläuferparteien (*Alldeutsche*, *Großdeutsche Volkspartei*, NSDAP) weit überproportional aus dem Milieu der schlagenden Studentenverbindungen. Diese – organisiert in Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften – haben eine Geschichte, die in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückweist und auch mit der (gescheiterten) Revolution des Jahres 1948 verbunden ist. Diese Verbindungskultur war durch quasi-aristokratisches Gehabe (ausgedrückt in der Tradition des „Schlagens“, also des Duellierens) ebenso geprägt wie durch eine Mischung aus nationalen (aus den anti-napoleonischen Befreiungskriegen kommenden) und liberalen (frühdemokratischen) Motiven. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entfernten sich diese Verbindungen freilich immer mehr von ihren liberal-demokratischen Ansätzen, betonten immer stärker ihren Deutschnationalismus und wurden offen antisemitisch, wobei die von ihnen vertretene Form des Antisemitismus für die Ablöse eines religiösen durch einen „rassischen“ stand.

Die mit den schlagenden Verbindungen in Zusammenhang stehende, spezifische Milieukultur (männlich, duellierend) prägt den österreichischen Rechtsextremismus in einer Form, die in anderen europäischen Staaten nur noch und auch nur in Ansätzen in Deutschland feststellbar ist. Anzumerken ist dabei freilich, dass die schlagenden Verbindungen in Deutschland weniger eindeutig politisch zuzuordnen sind als in Österreich: Die Nationalitätenkonflikte am Ende der Monarchie haben in Österreich für einen besonderen, aggressiv nationalistischen und antisemitischen Charakter der deutschnationalen Verbindungen gesorgt, der in diesem Ausmaß in Deutschland nicht zu beobachten war und ist. Die kausale Verbindung zwischen dieser Milieukultur und der Entstehung eines politisch-weltanschaulichen Lagers, das heute in der FPÖ weiterlebt, ist eine spezifisch österreichische Rahmenbedingung.

In Österreich sorgt dieser historische Hintergrund für eine gewisse soziale Respektabilität des Rechtsextremismus. Traditionelle Eliten in Staat und Wirtschaft waren und sind von diesen Verbindungen unverhältnismäßig stark geprägt, wobei der besondere und im Vergleich zu katholischen Korporationen noch rigidere männerbündische Charakter der deutschnationalen Verbindungen diesem Milieu auch den Anstrich einer gegen den „Zeitgeist“ der Feminisierung auftretenden Widerständigkeit verleiht. Während in Frankreich der *Front National* (FN) des Jean Marie Le Pen sich auf kein analoges, geschlossenes,

traditionelles Milieu mit konservativ bis elitären Merkmalen stützen konnte; während die anderen rechtspopulistisch bis rechtsextremen Parteien Europas (vor allem Westeuropas) sich weitgehend auf die verunsicherten Modernisierungsverlierer verlassen müssen, ohne diesen das Korsett einer traditionellen politischen, gesellschaftlich elitären Struktur anbieten zu können, wird die FPÖ von eben einer solchen Struktur bestimmt. Auch wenn die elektoralen Erfolge der FPÖ seit 1986 vor allem auf den Zulauf der auch anderswo in Europa für den aktuellen Rechtsextremismus entscheidenden sozialen Segmente (wenig gebildet, männlich, jung) zurückzuführen ist: Die sich von Europäisierung und Globalisierung bedroht Fühlenden finden in der FPÖ eine sehr traditionelle Partei vor, die den politisch volatilen Modernisierungsverlierern eine etablierte Struktur offeriert.

Dieser Mix aus traditionell und modern; aus Mächtgern-Feudalen und Sekundär-Aristokraten auf der einen, post-proletarischen Protestbewegten auf der anderen Seite erklärt eine österreichische Besonderheit: Der zumindest latent rechtsextreme Rechtspopulismus musste in Österreich sich nicht erst eine Form, eine Organisation schaffen. Er fand eine solche bereits vor – eben die FPÖ.

Strategien des Rechtsextremismus

Die FPÖ hatte sich in den Jahren und Jahrzehnten bis 1986 vor allem um Respektabilität bemüht. Diese Strategie wurde auch belohnt – die FPÖ war, trotz ihrer auch die NSDAP umfassende Kontinuität, immer wieder ein potentieller Mehrheitsbeschaffer. Dies kam vor allem in der Koalition mit der Sozialdemokratie zwischen 1983 und 1986 zum Ausdruck. Doch diese Bemühung um Respektabilität wurde bei Wahlen vor 1986 nicht belohnt. Es kam nicht nur zu Abspaltungen des offen rechtsextremen Flügels – wie etwa in Form der neonazistischen NDP, die dann auch wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz behördlich untersagt wurde –, die FPÖ konnte bis 1986 auch nicht die wachsende soziale Proteststimmung nutzen, die zu dieser Zeit bereits zum Aufstieg des Jean Marie Le Pen und seines FN geführt hatte. Das an Stärke gewinnende Segment der nicht an rechtsextremer Ideologie oder historischem Revisionismus interessierten, sich vom sozialen Abstieg bedroht fühlenden Modernisierungsverlierer konnte erst von der FPÖ genützt werden, als sie – ab 1986 – zu einer fundamentaloppositionellen Strategie fand.

Das Besondere an diesem bei Wahlen ab 1986 immer wieder belohnten Strategiewechsel war, dass die Rekrutierungs- und Führungsstruktur der FPÖ

die alte blieb: Die Partei änderte sich nicht – sie war jedoch nunmehr in der Lage, sich eine neue Gefolgschaft zu organisieren. Die damit verbundene innere Widersprüchlichkeit blieb solange ohne Folgen, solange die FPÖ auf dem Kurs einer Fundamentalopposition blieb. Als sie jedoch nach ihrem großen Erfolg bei der Nationalratswahl 1999 mit der ÖVP ein Regierungsübereinkommen schloss und als gleichberechtigter und gleich starker Partner in eine Koalitionsregierung eintrat, wurden die Widersprüche wirksam: Als Regierungspartei konnte die FPÖ ihren fundamentaloppositionellen Kurs nicht fortsetzen. Die schwere Wahlniederlage 2002, aber auch die Parteisplaltung 2005 waren die Folgen der Unvereinbarkeit zwischen populistischen Versprechungen und Regierungsverantwortung.

Dies weist eine auffallende europäische Parallelität auf: Als 2002 in den Niederlanden die rechtspopulistische LPF (*Lijst Pim Fortuyn*) zur zweitstärksten Partei wurde und sich an einer Koalitionsregierung beteiligte, brach die LPF bald auseinander. Sie scheiterte an den Widersprüchen zwischen einem fundamentaloppositionellen Forderungskatalog und der Wirklichkeit des Regierens. Dass die LPF, die als Muster einer rechtspopulistischen Partei gelten konnte und ohne den Ballast eines traditionellen Rechtsextremismus agierte, als Regierungspartei scheiterte, unterstreicht nur, dass die nicht rechtsextrem, sondern rechtspopulistisch gewonnenen Wahlerfolge nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten sich auf Dauer in einer Regierung stabilisieren lassen.

Das dänische Beispiel zeigt die Möglichkeiten und Konsequenzen einer alternativen Strategie: Die *Dänische Volkspartei* war und ist der niederländischen LPF ähnlich, weil sie fundamentaloppositionellen Rechtspopulismus ohne traditionell rechtsextreme Positionen („rassischer“ Antisemitismus, historischer Revisionismus, offen antidemokratische Ideologie im Sinne eines faschistischen Führerprinzips) vertritt. Sie verschaffte zwischen 2001 und 2011 einer (gemäßigt) rechten (rechtsliberalen) Minderheitsregierung die notwendige parlamentarische Mehrheit, ohne selbst direkte Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dafür wurde die *Volkspartei* belohnt – sie hat sich, bis auf weiteres, als drittstärkste Partei in Dänemark etabliert. Sie sicherte zehn Jahre die Existenz der Regierung und konnte, im Gegenzug, einige für die *Volkspartei* zentrale Gesetzesvorhaben durchsetzen – wie die Verschärfung der Einwanderungsgesetze. Sie war aber frei von der Notwendigkeit, Regierungspersonal zu stellen, das sich im Regierungsalltag permanent aufzureiben droht. So konnte sie als rechtspopulistische Partei ihre Glaubwürdigkeit gegenüber dem sie tragenden elektoralen Segment bewahren. (Dass sie bei den Wahlen 2011 erstmal wieder Anteile einbüßte, ist vor allem dem gesellschaftlichen Schock zuzuschreiben,

welche die rechtsextremen Anschläge in Norwegen unmittelbar davor ausgelöst hatten.)

Die FPÖ findet eine spezifische strategische Herausforderung vor: Sie ist nicht nur rechtspopulistisch wie die LPF, denn sie ist auch die Trägerin eines traditionellen Rechtsextremismus. Sie hat aber zwischen 2000 und 2006 als Regierungspartei Erfahrungen gesammelt, die der Erfahrung der niederländischen LPF entsprechen. Ob sie die Möglichkeit bekommen kann, eine Strategie wie die der *Dänischen Volkspartei* umzusetzen, ja, ob sie eine solche Möglichkeit anstreben kann, scheint fraglich: Es fehlt in Österreich eine längere Tradition des Regierens mit parlamentarischer Minderheit; und vor allem scheint die aggressive Rhetorik der FPÖ auf die und nur auf die Übernahme der Regierung zu zielen – wohl auch in Verbindung mit ihrem doppelten Mix aus Rechts-Extremismus und Rechtspopulismus sowie aus traditioneller Struktur und (post)modernem Bewegungskarakter.

Themen des Rechtsextremismus

Der österreichische Rechtsextremismus hat eines seiner historischen Themen aufgegeben, das andere verwendet er nur noch mit Vorsicht. Der österreichische Deutschnationalismus war seit seinen Anfängen im 19. Jahrhundert am Anschluss an das – 1871 gegründete – Deutsche Reich orientiert. An dieser Ausrichtung hielt er auch 1933 fest, als die anderen politischen „Lager“ Österreichs, die 1918 für den Anschluss an die demokratische Weimarer Republik optiert hatten, angesichts der „Machtergreifung“ der NSDAP das Ziel des „Anschlusses“ explizit und/oder implizit aufgaben. Die Realität des 1938 sowohl durch äußeren Druck erzwungenen als auch von wesentlichen Teilen der österreichischen Bevölkerung begrüßten „Anschlusses“ – insbesondere die Katastrophe des Weltkrieges – hatten diesen in jeder Hinsicht obsolet gemacht. Dies akzeptierte letztlich auch die FPÖ. Ein – vielleicht – denkmöglicher „Anschluss“ ist ganz allgemein in Österreich und speziell auch für die FPÖ zumindest offiziell kein Thema. Vage Ideen von einem auch Österreich einschließenden, neuen Großdeutschen Reich, die durch kleine rechtsextreme Zirkel geistern, bestimmen jedenfalls nicht irgendeinen relevanten Teil österreichischer Politik.

Die FPÖ hat die gesamtgesellschaftliche Abkehr vom Anschlussgedanken zur Kenntnis genommen: Sie betont seit längerem einen Österreich-Patriotismus. Die diversen Feindbilder (Verschwörungszentralen im Ausland, MigrantenInnen vor allem mit moslemischem Hintergrund, etc.) werden von der FPÖ

nunmehr auf Österreich bezogen: Dieses gilt es, so die FPÖ-Rhetorik, zu verteidigen, und nicht mehr die Idee eines Großdeutschland.

Damit hat der österreichische Rechtsextremismus aber ein ihn auszeichnendes Merkmal eingebüßt: Während im Allgemeinen der dem Rechtsextremismus immanente Nationalismus sich auf den eigenen, bereits existierenden Staat bezieht, oder auf einen durch Separation neu zu gründenden Staat (Flandern, „Padanien“, Katalonien, etc.), war der österreichische Rechtsextremismus auf das totale Aufgehen des eigenen Staates in einem Nachbarstaat orientiert. Die patriotisch-österreichische Orientierung, die sich in der FPÖ ab ca. 1990 – auch im Zusammenhang mit der Perspektive eines EU-Beitritts – entwickelt hat, hat dem von der FPÖ repräsentierten österreichischen Rechtsextremismus eine Besonderheit genommen.

Das traditionelle Thema, das von der FPÖ nur mit Vorsicht, von Gruppen des „harten“ Rechtsextremismus außerhalb der FPÖ jedoch weiterhin offensiv und offen genutzt wird, ist der Antisemitismus. Anders als etwa in Teilen der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften und Parteien hat die österreichische Mitverantwortung für den Holocaust doch zur Folge, dass offener Antisemitismus nicht mehr sozial akzeptiert wird. Das Thema Judenfeindschaft flüchtet sich freilich einerseits in eine bestimmte Form des Antizionismus, der Israel an spezifischen, für andere Staaten vor allem des Nahen Ostens nicht geltende Standards misst, und andererseits wird der Antisemitismus in Form von sprachlichen Codes transportiert: Einer davon ist die „Ostküste“, die als Begriff für das Konstrukt einer jüdisch-amerikanischen Weltherrschaft steht. Diese antisemitischen Codes wie auch der antizionistisch verkleidete Antisemitismus finden sich zwar auch und vor allem in der FPÖ, man entdeckt sie aber sehr wohl auch in anderen politische Gruppierungen der (gemäßigten) Rechten und der Linken.

Neu zugewachsen ist dem österreichischen Rechtsextremismus ein ihm lange Zeit fremdes Thema: der antimuslimische Rassismus. Dieser ist von rechtspopulistischen Parteien Westeuropas (Belgien, Niederlande, Dänemark) entwickelt worden. Die FPÖ, beeinflusst von einer tendenziell islamfreundlichen (weil antijüdisch instrumentierbaren) Tradition des Nationalsozialismus, ist erst (im europäischen Vergleich) verspätet auf dieses Thema aufgesprungen. Inzwischen ist der antimuslimische Rassismus in der aktuellen Situation des Jahres 2012 ein, wenn nicht das zentrale Thema des Rechtsextremismus. Aber es ist diesem eher durch populistischen Opportunismus zugewachsen. Jedenfalls ist das generelle Feindbild des „Fremden“ zu einem vor allem moslemische MigrantInnen umfassenden mutiert.

Ein den österreichischen Rechtsextremismus mit allen rechtsextremen und rechtspopulistischen Strömungen in Europa verbindendes Thema ist die Gegnerschaft zur Europäischen Union. Zwar beschwören Rechtsextreme überall in Europa und auch in Österreich ein „Europa der Völker“ oder der „Nationen“ und mancherorts auch der „Regionen“. Das konkret existierende Europa der EU wird vom europäischen Rechtsextremismus, in allen seinen Schattierungen, aber konsequent abgelehnt und bekämpft – in Österreich von der FPÖ wie auch anderen, „harten“ rechtsextremistischen Gruppen. Diese Feindschaft hat, anders etwa als der Antisemitismus, eine rational nachvollziehbare Grundlage: Die EU ist ein der Überwindung nationaler Souveränitätsphantasien gewidmetes Projekt. Aber exakt diese Phantasien zeichnen den Rechtsextremismus in allen seinen nationalen Schattierungen aus.

Strategien gegen den Rechtsextremismus

Die Erfahrungen mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben die meisten Demokratien Europas entweder explizit (am prominentesten: Deutschland) oder implizit zu „wehrhaften“ Demokratien gemacht, zu Demokratien, die den Gegnern der Demokratie demokratische Freiheiten streitig machen, die denjenigen, die zur Zerstörung der Demokratie antreten, die Instrumente der Demokratie verweigern.

Dieser Grundsatz wirft natürlich eine Fülle von Folgeproblemen auf – etwa die Frage nach der Definitionsmacht: Wer bestimmt, wer zu den Gegnern der Demokratie zu rechnen ist? Unbeschadet dessen gibt es aber einen breiten europäischen Konsens für den Umgang mit Rechtsextremismus. Dabei ist freilich zwischen verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu unterscheiden:

- „Harter“, das heißt gewaltbereiter und offen antidemokratischer Rechtsextremismus (Neonazismus): Der europäische Konsens, dem sich auch Österreich nicht verschließt, gibt dem demokratischen Rechtsstaat in Form von Polizei und Justiz die Verantwortung, mit dieser Form des Rechtsextremismus umzugehen. In Österreich drückt sich das auch im Verbotsgesetz aus, auf dessen Grundlage neonazistische Parteien und Organisationen aufgelöst wurden. Auch in den Schuldsprüchen österreichischer Gerichte auf der Grundlage des Verbots der Holocaustleugnung kommt diese Akzeptanz europäischer Standards zum Ausdruck. Die österreichi-

sche und europäische Erfahrung ist jedenfalls eindeutig: Der demokratische Rechtsstaat und die auf diesem aufbauenden Institutionen der Polizei und Justiz sind grundsätzlich geeignet, mit dem „harten“ Rechtsextremismus erfolgreich umzugehen.

- „Weicher“, also ein in die Institutionen der liberalen Demokratie integrierter Rechtsextremismus: Diesem gegenüber bieten sich in Europa zwei Strategien an. Die eine ist die vor allem in Frankreich, aber auch in Belgien umgesetzte Strategie des „Cordon sanitaire“, der systematischen Kooperationsverweigerung gegenüber rechtsextremen und/oder rechtspopulistischen Parteien. Österreich, in dem die insgesamt erfolgreichste Partei des „weichen“ Rechtsextremismus agiert, hat nur punktuell, in der Vergangenheit, diese Strategie umzusetzen versucht. Die österreichischen Parteien des zentristischen „Mainstreams“ (SPÖ, ÖVP) haben – ähnlich wie die der rechten Mitte zuzuzählenden christdemokratischen und liberalen Parteien der Niederlande oder auch ähnlich wie die der sozialdemokratischen Linken zuzuzählende slowakischen *Smer* – eine Strategie der Einbindung durch Absprache verfolgt, auch und vor allem in Form von Regierungskoalitionen. Bezogen auf Österreich ist jedenfalls festzustellen, dass eine dauerhafte Zurückdrängung des Rechtsextremismus durch eine solche Politik der Einbindung nicht erfolgt ist.

Die Bilanz der verschiedenen Strategien, die in europäischen Demokratien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus von den politischen Parteien des „Mainstreams“ gewählt wurden, lassen letztlich nur eine Schlussfolgerung zu: Die Auseinandersetzung mit den historisch und aktuell die Demokratie bedrohenden Variationen rechtsextremen Agierens kann erfolgreich nur kurzfristig und vordergründig auf der parteipolitischen Ebene geführt werden. Entscheidend ist, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Rechtsextremismus zu analysieren – und diesen Voraussetzungen dann entgegenzutreten: durch eine Gegensteuerung der wachsenden gesellschaftlichen Ungleichheit, die hinter den Ängsten von Modernisierungsverlierern steht; durch eine systematische Bildungs- und Aufklärungspolitik, die der Dekonstruktion von (nationalen, ethnischen, religiösen, kulturellen) Feindbildern dient; und durch eine Stärkung der ethischen Grundlagen der Demokratie – der universellen Menschenrechte. Erst wenn dem Rechtsextremismus der gesellschaftliche

Nährboden fehlt, fehlt der politische Anreiz, sich mit dem Rechtsextremismus zu arrangieren.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (ed.), *Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe*, Gütersloh 2009.
- Jean-Yves Camus (ed.), *Extremism in Europe*, Paris 1998.
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe*, Wien 1994.
- Reinhold Gärtner, *Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus im Vormarsch*, Wien 2009.
- Farid Hafez (Hrsg.), *Jahrbuch für Islamophobieforschung 2010. Deutschland – Österreich – Schweiz*, Innsbruck 2010.
- Cécile Leconte, *L'Europe face au défi populiste*, Paris 2005.
- Michael Minkenberg, *The Radical Right in Europe: An Overview*, Gütersloh 2008.
- Cas Mudde, *The Ideology of the Extreme Right*, Manchester 2002.
- Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007.
- Heribert Schiedel, *Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft*, Wien 2007.
- Ruth Wodak / Anton Pelinka (eds.), *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick 2002.

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka lehrt derzeit an der Central European University in Budapest (Politikwissenschaft und Nationalismusstudien).